

# Mit Vorbehalt für das Zentrum

**ANSCHLUSS** / *Der Nunninger Gemeinderat kümmert sich um den Anschluss an das Alterskompetenz-Zentrum.*

**NUNNINGEN.** Der Nunninger Gemeinderat beriet eine erste Fassung der Statuten und des Anschlussvertrages des Alterszentrums Passwang in Breitenbach. Für die ersten drei Betriebsjahre übernehme der Kanton eventuelle Defizite und stelle Anstosskredite bereit, sagte Gemeindepräsident Kuno Gasser an der Ratssitzung.

Jeder Bezirk aus dem Dorneck, Thierstein und Laufental sei mit drei Sitzen in diesem Zweckverband vertreten, orientierte Gasser weiter. In eigener Kompetenz könne das Gremium bis zu 50 000 Franken je Geschäft, jedoch jährlich maximal über 200 000 Franken selbst bewilligen.

## Defizitbeteiligung unter der Lupe

Eingeladen zur Diskussion war auch Stiftungsratspräsident, Eugen Hänggi vom Alters- und Pflegeheim «Stäglen» in Nunningen. Er sei nicht gegen das Zentrumsprojekt Passwang in Breitenbach, da regional in der Seniorenbetreuung wachsender Bedarf bestehe. Doch Nunningen und Zullwil hätten bereits früher ihre Hausaufgaben gemacht und im «Stäglen» insgesamt 32 Heimbetten für betagte Menschen geschaffen. Der Betrieb funktioniere nicht nur einwandfrei, sondern auch kostengünstig und sei deshalb

gut belegt, hielt Hänggi fest. Damit dies so bleibe, müsse das Heim in Nunningen gegenüber dem Zentrum Passwang für die Gemeinde weiterhin Vorrang haben.

Hänggi empfahl den Ratsmitgliedern, den Passus einer späteren Defizitbeteiligung im Falle einer Unterbelegung im Passwangzentrum genau unter die Lupe zu nehmen. Je nach Herkunft und Anzahl der Pflegefälle müssten sich schlimmstenfalls die elf Mitgliedsgemeinden an den Verlusten beteiligen. Doch Nunningen und Zullwil hätten ihr Geld bereits in ihr eigenes Pflegeheim gesteckt, so der Stiftungsratspräsident. Also müsste bei einem eventuellen späteren Defizit diesen Gemeinden ein Investitionsausgleich bei der Lastenverteilung angerechnet und jene Mitglieder höher belastet werden, welche sich kaum um die Altersbetreuung gekümmert hätten, argumentierte Hänggi.

Die Statuten des geplanten interkantonalen Zweckverbandes seien auch in Dornach geprüft worden, fügte Gasser an. Der Dornecker Hauptbezirksort bemängelte mit zuwenig Delegierten vertreten zu sein. Dornach befürchte ein Ungleichgewicht bei der Mitbestimmung und fordere deshalb, die Delegiertenzahl bezogen auf die Einwohnergrösse festzulegen. (fha)